



# Schließung des Klinikums Links der Weser stoppen – Fusionsbeschlüsse zurücknehmen

Bremen, 3. Juni 2026

## 20 Gründe gegen die Geisterfahrt des Bremer Senats:

- Die Schließungsentscheidung für das Klinikum Links der Weser basiert auf einer Krankenhausplanung von gestern und nicht auf den Realitäten der neuen Bundes-Krankenhausreform.
- SPD, Grüne und Linke haben vor der Bürgerschaftswahl den Eindruck erweckt, das LdW erhalten zu wollen. Die Schließung wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern als gebrochenes Wahlversprechen empfunden.
- Der Senat hält trotz grundlegend veränderter Rahmenbedingungen an einer überholten Entscheidung fest.
- Die Krankenhausreform mit Leistungsgruppen und Vorhaltefinanzierung verändert die wirtschaftlichen Grundlagen der Krankenhausplanung erheblich. Diese Entwicklung wurde bei den Beschlüssen nicht ausreichend berücksichtigt.
- Statt einer offenen Neubewertung erleben die Bürger eine Politik des starren Festhaltens an alten Beschlüssen.
- Die Schließung des LdW droht zum Symbol einer Gesundheitspolitik zu werden, die Ideologie über Fakten stellt.
- Die Geschäftsführung der Gesundheit Nord verliert zunehmend den politischen Rückhalt und das Vertrauen großer Teile der Belegschaft.
- Die öffentliche Kritik an den Entscheidungen von Frau Dr. Dreizehnter und Frau Penon nimmt spürbar zu.
- Die versprochenen wirtschaftlichen Vorteile der Fusion werden durch steigende Bau- und Projektkosten zunehmend in Frage gestellt.
- Die Investitionskosten für die Konzentration am Klinikum Bremen-Mitte steigen bereits deutlich über frühere Planungen hinaus.
- Bis heute fehlt eine transparente Gegenüberstellung der tatsächlichen Kosten einer Fusion gegenüber einer schrittweisen Sanierung des LdW.
- Bremen darf sich angesichts seiner Haushaltsnotlage keine weitere millionenschwere Fehlplanung leisten.

- Die Aufgabe eines funktionierenden Krankenhausstandortes bedeutet die Vernichtung erheblicher öffentlicher Vermögenswerte.
- Ein schrittweises Modernisierungs- und Sanierungskonzept würde finanzielle Risiken deutlich reduzieren und Investitionen über viele Jahre verteilen.
- Investorenmodelle dürfen nicht aus ideologischen Gründen ausgeschlossen werden. Beim Schulbau werden vergleichbare Finanzierungsmodelle längst genutzt.
- Wer wegen knapper Haushaltsmittel Schulen mit alternativen Finanzierungsmodellen baut, darf dieselben Möglichkeiten bei Krankenhäusern nicht kategorisch ablehnen.
- Die Bundes-Krankenhausreform verlangt Qualität und Leistungsfähigkeit – sie verlangt nicht die Schließung des Klinikums Links der Weser.
- Mit dem LdW verliert Bremen dauerhaft wichtige Versorgungs-, Notfall- und Reservekapazitäten.
- Die Konzentration immer größerer Teile der Krankenhausversorgung auf einen einzigen Großstandort erhöht die Risiken bei Krisen, Pandemien und technischen Ausfällen.
- Die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft lautet nicht Abriss und Abwicklung, sondern Erhalt, Modernisierung und Weiterentwicklung des Klinikums Links der Weser im Interesse der Patienten, Beschäftigten und Steuerzahler.

## Unser Fazit

Die Schließung des Klinikums Links der Weser ist weder gesundheitspolitisch notwendig noch finanziell alternativlos. Die Beschlüsse zur Fusion mit dem Klinikum Bremen-Mitte müssen ausgesetzt und neu bewertet werden. Bremen braucht eine ergebnisoffene Prüfung aller Optionen – einschließlich einer schrittweisen Sanierung und Modernisierung des Standorts sowie der Nutzung geeigneter Investorenmodelle zur Finanzierung der baulichen Infrastruktur.

Die Zukunft des Bremer Südens darf nicht einer überholten Planung geopfert werden.

### **Kontakt Initiative zum Erhalt des Klinikums Links der Weser:**

Roman Fabian  
 Mobil: (0172) 83 71 149  
 E-Mail: roman.fabian@web.de

Doris Urlbauer  
 Mobil: (0177) 91 14 032  
 E-Mail: dodo1065@web.de

